Kreistagsfraktion Rhein-Sieg

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Kreistag Rhein-Sieg Kreishaus 53721 Siegburg

Haushaltsrede

Fraktion die GRÜNEN im Kreistag
Ingo Steiner, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
Vorsitzender Planungs- und Verkehrsausschuss

Siegburg, 27. Juni 2011

(Es gilt das gesprochene Wort!)

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,

die kommunale Finanzsituation hat sich in den vergangenen Jahren kontinuierlich verschlechtert. Auch der Rhein-Sieg-Kreis hat die Grenze seiner Sparfähigkeit erreicht, unsere Potenziale sind ausgeschöpft.

Der Rhein-Sieg Kreis finanziert sich rein aus der Kreisumlage, die bei den Kommunen erhoben werden. Was bei Städten und Gemeinden die Erhöhung der kommunalen Steuern ist, ist bei uns die Umlageerhöhung. Doch gerade weil wir wissen, dass die finanziellen Möglichkeiten der Kommunen ihre Grenzen erreicht haben, haben wir weiterhin nach Möglichkeiten gesucht eine Erhöhung der Belastungen für die Kommunen zu vermeiden.

Die vom Landrat eingesetzte Sparkommission hat alles auf den Prüfstand gestellt. Für diese Arbeit gilt den Mitgliedern der Sparkommission unser Dank. Dieser Dank richtet sich ebenso an die Mitarbeiter der Kämmerei, die mit der Aufstellung

des Doppelhaushalt 2011/2012 und den sich fast schon monatlich veränderten Rahmenbedingungen eine große Herausforderung zu meistern hatten.

Dass natürlich nicht jeder Vorschlag der Sparkommission die Zustimmung der Politik findet überrascht vermutlich niemanden. Was hingegen überrascht, ist wie vieles doch die Zustimmung gefunden hat und das die Vorgabe für die Einsparung von 2,2 Mio. in den Jahren 2011 und 2012, für das laufende Jahr erreicht werden konnte, wir für 2012 die Marke derzeit nur knapp verfehlen werden, was aber sich noch ändern kann.

Die FDP reklamierte für sich im Finanzausschuss, dass sie die einzige Fraktion sei die Sparvorschläge gemacht hätte. Nimmt man diese in Summe zur Kenntnis sind dieses jeweils 54.240 € für die Jahre 2011 und 2012. Es wird sich zeigen, ob die FDP dem Haushalt zustimmen kann, obwohl ihre wegweisenden Anträge abgelehnt wurden. Ein Grund für den Sparzwang sind auch die liberalen Unternehmergeschenke, wie die Reduzierung des Mehrwertsteuersatz für Hotelübernachtungen. Das hat bei den Kommunen zu deutlichen Einnahmeverlusten geführt.

Der vorgelegte Haushalt ist eine konsequente Fortführung der schwarz-grünen Finanzpolitik im Kreis. Diese Politik wird geprägt von den Rahmenbedingungen, die wir nicht ignorieren können. Aber wir dürfen nicht den Kopf in den Sand stecken und müssen auch heute für Projekte die Weichen stellen, die langfristig zu einer Entlastung der Kosten führen. Diese

Themenfelder sind insbesondere der Bereich der Energieeinsparung – Stichwort Energetische Sanierung – und eine vorausschauende Sozialpolitik, die der demografischen Entwicklung Rechnung trägt und insbesondere verbunden mit der Tatsache, dass die Menschen auch bei uns im Kreis immer älter werden. Es sind vor allem die steigenden Kosten im Sozialbereich, die den Kreis in die finanzielle Schieflage gebracht haben.

Hier sind insbesondere unsere Anträge für eine weitere Stelle im CASE Management in der Pflegeberatung, die finanzielle Sicherung der Weiterführung der Wohnraumberatung durch die AWO sowie die Bereitstellung von Mitteln für die Einführung eines runden Tisches für innovative Seniorenberatung zu erwähnen. Wir müssen uns im Rhein-Sieg Kreis der Herausforderung stellen, dass immer mehr Menschen älter werden. Wenn wir es schaffen, diesen Menschen den Wunsch zu erfüllen, möglichst lange in Ihrer gewohnten Umgebung zu verbleiben, helfen wir sowohl diesen Menschen wie auch den Finanzen des Kreises!

Mit Sorge betrachtet die GRÜNE Kreistagsfraktion die finanzielle Entwicklung des Kreisjugendamtes. Durch die notwendigen Investitionen im Bereich des U3-Angebotes kamen nochmals erhebliche Kosten auf das Kreisjugendamt zu, die bei einer ernsthaften Umsetzung des Konnexitätsprinzips zu 100% durch Bund bzw. Land hätten finanziert werden müssen. Aber auch die weiter steigenden Fallzahlen und die steigenden Kosten der Unterbringung führen zu der deutlichen

Steigerung der Jugendamtsumlage. Hier ist der Kreis gefordert durch eine Verbesserung der Jugendarbeit vor Ort präventiv tätig zu werden. Hier wollen wir nicht unerwähnt lassen, dass der Antrag des Jugendhilfeausschusses auf Mittel für Fachkräftestellen für die Offene Tür in den Kommunen Wachtberg, Much und Swisttal im Finanzausschuss einstimmig angenommen wurde.

Ein weiteres wichtiges Thema für schwarz-grün ist seit Jahren die Idee zur Einführung eines Sozialtickets. Doch anders als in den Städten wie Bonn und Köln, macht ein Sozialticket für den Rhein-Sieg Kreis für unserer Bürger wenig sinn. Ein Sozialticket, welches nur im Kreis gilt, hilft den Berechtigten im Kreis nur begrenzt. Wir können hier die Pendlerbewegungen nach Köln und Bonn sowie das Freizeitverhalten der Menschen nicht einfach ausklammern. Aus diesem Grund setzt sich die schwarz-grüne Koalition seit langem für das verbundweite Sozialticket ein.

Es ist mir eine besondere Freunde zu erwähnen, dass der GRÜNE Staatssekretär im Ministerium für Bauen, Wohnen und Verkehr, Horst Becker – der sich bereits im Kreis für ein Verbundweites Sozialticket stark gemacht hat – im Landeshaushalt 2011 erstmalig Mittel in Höhe von 15 Mio. Euro für ein solches Verbundweites Ticket bereitgestellt hat. Ab 2012 stehen 30 Mio. Euro zur Verfügung. Damit wurden die Voraussetzungen für die Verkehrsverbünde geschaffen und nun liegt der nächste Schritt bei den dortigen parlamentarischen Gremien.

Hier hoffen wir GRÜNE auf die fraktionsübergreifende Unterstützung aller Parteien für die Interessen des Kreises in den Gremien des NVR.

Als Umlage finanzierter Kreis achten wir bereits seit Jahren auch auf die Belastungen der Kommunen die durch das Prinzip entstehen. Durch die Systematik der Umlage werden die Kommunen trotz der geringfügigen Erhöhung, wie sie im Finanzplan bereits festgelegt war, tatsächlich erheblich entlastet. Dieses liegt an der sich verändernden Umlagegrundlage. Die von der Bundesregierung angekündigte stufenweise Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter wird ab 2012 den Kreishaushalt entlasten.

Dadurch bedingt werden wir die Kreisumlage ab 2013 wieder absenken können, wenn die Zusagen so eintreffen und nicht durch Bund oder Land an andere Stelle weitere Kosten auf die Kreise und Kommunen abgewälzt werden. Doch hier müssen wir auch vorausschauend handeln und einen richtigen Kompromiss zwischen Entlastung der Kommunen und Aufbau der bis dahin verbrauchten Rücklagen des Kreises finden.

Wir freuen uns, wenn der vorgelegte Doppelhaushalt 2011/2012 heute eine breite Mehrheit findet. Denn gerade in der jetzt schwierigen Zeit müssen wir im Interesse des Kreises zusammenhalten und gemeinsam den Kreis im Interesse der Menschen sowohl sozial wie auch finanziell auf eine vernünftige Grundlage stellen.

Ich danke für ihre Aufmerksamkeit.